

Wie Planwirtschaft die Wirtschaft abschafft

Brüsseler Politik schießt mal wieder über das Ziel hinaus

Brüsseler Weichenstellungen haben schon viel Negatives für die Menschen in Europa gebracht. Vermeintlich gute Ideen, wie etwa ein klimafreundliches Kältemittel für Klimaanlage oder die Zulassung alternativer Hersteller von sichtbaren Ersatzteilen an Kraftfahrzeuge outen sich bei näherem Hinsehen als heiße Luft, die sich als böse Rohrkrepiere erweisen können.

Wer in trockenen Sommern im Wald Erholung sucht, wird von zahlreichen Schildern daran erinnert, an diesem Ort nicht zu rauchen, um keinen Waldbrand auszulösen. Wer schon einmal gesehen hat, wie schnell trockenes Geäst brennt, wird diesen Rat streng befolgen.

Strenge Richtlinien sorgen auch beim Automobilbau dafür, dass der Kraftstoffbehälter besonders geschützt im Kraftfahrzeug verbaut wird, um im Fall eines Unfalls das Austreten von Kraftstoff zu verhindern, da sonst Brandgefahr droht. Es wäre völlig undenkbar, den Kraftstofftank im Motorraum unterzubringen. Ähnliches wird nun in Brüssel der Automobilindustrie unter Strafan-

drohung auferlegt. Wieder einmal sind es angeblich umweltfreundliche Mittel, die gegen Expertenmeinungen durchgedrückt werden sollen.

Zu Recht weigert sich Daimler das Kältemittel R1234yf in die Klimaanlage seiner Autos einzufüllen, hat sich das Mittel doch als brandgefährlich herausgestellt. Das Unternehmen möchte vielmehr weiter das sichere, doch seit Januar 2013 verbotene Mittel R134a verwenden. Dieses Kältemittel ist zwar, anders als das früher gebräuchliche FCKW, unschädlich für die Ozonschicht, hat jedoch den Nachteil, dass es ein starkes Treibhausgas ist.

Da die am Markt vorhandenen Kältemittel bezüglich Umweltschutz be-

ziehungsweise Brennbarkeit gravierende Nachteile haben, wird daran gedacht, CO₂ als neues Mittel für Klimaanlage zu verwenden. Diese Technik steht jedoch erst ganz am Anfang und bedarf noch einiger Forschungsarbeit.

Wo liegt die Gewichtung?

Unverständlich, dass diese Entwicklungszeit seitens der EU-Kommission nicht gegeben wird und der Autofahrer mit einem potenziell gefährlichen Mittel unterwegs sein muss. Ist nun schon das Menschenleben weniger Wert, als ein vermeintlicher Gewinn in Sachen Klimaretter? Es sind genau diese Dinge, die das Projekt ›EU‹ wohl mittelfristig scheitern lassen, da gegen die Menschen gerichtete Entscheidungen von diesen nicht mehr mitgetragen werden.

Auch in Sachen Originalersatzteile lehnt sich die EU-Kommission, übrigens zusammen mit dem sonst viel Kluges auf den Weg bringenden ADAC, viel zu weit aus dem Fenster. Warum sollen Originalhersteller auf ihr Designrecht verzichten? Warum sollen Produzenten gut laufender Produkte teure Designer beschäftigen, während Plagiatoren nur das Produkt abschöpfen müssen, um Ersatzteile zum Geiz-ist-Geil-Preis auf den Markt zu werfen?

Der Verweis darauf, dass nicht sichtbare Ersatzteile von mehreren Produzenten angeboten werden und durch den Wettbewerb diese günstiger sind, ist ein wenig weit hergeholt, da dies in diesem Fall ja sinnvoll ist, denn wie oft braucht man neue Bremsbeläge im Vergleich zu einem neuen Kotflügel? Hier möchte man zu Recht wählen können, zumal die Autoproduzenten selbst Lichtmaschine & Co. vom jeweils günstigsten Anbieter beziehen.

Die Überregulierung eines noch funktionierenden Marktes wird mittelfristig dazu führen, dass Vielfalt Geschichte wird, da immer weniger Unternehmen bereit sein werden, eine teure Designabteilung zu unterhalten. Es ist wohl keine Utopie, dass



1 Sichtbare Ersatzteile sind zwar durch den fehlenden Wettbewerb etwas teurer, doch geht es nicht an, Design-Ideen schutzlos zu stellen, um einen fragwürdigen Wettbewerb in Gang zu setzen, der letzten Endes dem Kunden wohl mehr schadet, als nutzt. Am Ende kann es passieren, dass die Produkt-Lebensdauer massiv leidet, da Ersatzteile nicht mehr über viele Jahre erhältlich sind.



2 Sichtbare Originalteile werden in einem Auto-leben wohl nicht in großer Zahl ausgetauscht, da die Mehrzahl der Autofahrer besonnen und unfallfrei ihr Gefährt bewegt. Und wer unverschuldet einen Unfall erleidet, bekommt den Schaden sowieso von der Versicherung des Unfallgegners ersetzt, weshalb sich die Ersatzteilkostenfrage nicht stellt. Ist daher die Initiative zu billigeren Ersatzteilen bei den Versicherungen zu suchen?

sich ein Dienstleister etablieren könnte, der Design gegen Lizenzzahlungen sowohl an Autoproduzenten, als auch an Ersatzteilanbieter verkauft. Die Frage wird dann sein, ob der Kunde bei diesem Modell nicht erst Recht tief in die Taschen greifen muss, um einen Schaden an seinem Auto beseitigen zu lassen, da sich dieser Markt ähnlich entwickeln wird, wie es bereits bei den Handys der Fall ist.

Ersatzteile sind schon wenige Jahre nach Verkaufsstart eines Modells nicht mehr zu haben oder unverschämte teuer, sodass sich eine Reparatur nicht mehr lohnt. Wohin dann mit den wenigen Jahren alten Autos, wenn diese Entwicklung auch den Kfz-Sektor erreicht? Viel sinnvoller wäre es, wenn Brüssel endlich Ernst machen

würde, die Unsitte zu verbieten, Scheinwerfer so zu konstruieren, dass Halogenlampen vom Autobesitzer fast nicht mehr selbst gewechselt werden können. Die Aussage seitens der Autoindustrie, dass moderne Autoleuchten dieses Vorgehen nötigt macht, ist eine Beleidigung für jeden Konstrukteur.

Trotz aller Ausreden bezüglich Blendwirkung oder Konstruktionsbedingungen, wer sich so weit von seinen Autokäufern entfernt, muss sich nicht wundern, wenn diese andere Marken aufsuchen, da an der Kompetenz des Herstellers zu Recht Zweifel erwachsen. Wie sehr sich doch manchmal Konzerne und Parteien ähneln. Verschwörungstheorie hin oder her, es ist extrem auffällig, dass in Brüssel sehr viele Weichenstellungen vorgenommen werden, die jedem gesunden Menschenverstand spotten.

Man kann dies nur verstehen, wenn man an einer dieser Entscheidungen verdienen möchte, wie es bei sichtbaren Ersatzteilen oder der geplanten Wasserprivatisierung der Fall ist. Warum sollen bewährte Strukturen verändert werden, die seit ewiger Zeit beispielsweise für gesundes Trinkwasser zu bezahlbaren Preisen gesorgt haben?

Wenn Privatunternehmen es besser können, warum helfen sie dann nicht etwa in Afrika oder Asien, wo Trinkwasser Mangelware ist und bauen sich hier einen Markt auf? Hier könnten sie zeigen, was in ihnen steckt, indem sie Wasseraufbereitungsanlagen instal-

lieren und Salz- oder Brackwasser zu Trinkwasser umwandeln. Europas Bürger würde dann auch sicher gerne einen Wasserpennig dazugeben, wenn in diesen Ländern sich in Sachen Trinkwasser endlich etwas zum Besseren wenden würde.

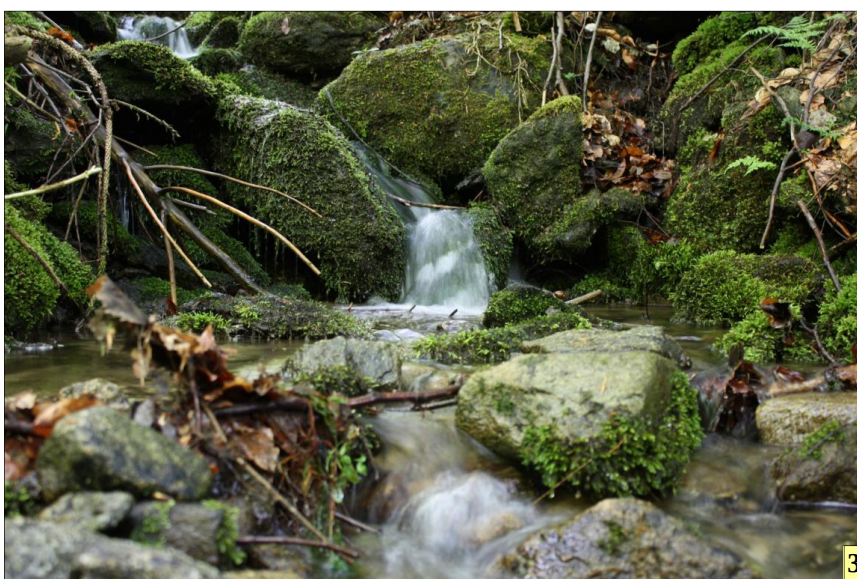
Doch sind solche Projekte nicht in Sicht. Vielmehr wurden und werden bewährte Strukturen, wie etwa die bäuerliche Kleinbauernschaft gerade in Europa zum Aufgeben gezwungen. Die Folge: heute jagt ein Lebensmittelskandal den nächsten. Wollen wir beim Wasser Ähnliches erleben? Dass dies so kommen wird, ist bereits jetzt in Portugal und Frankreich zu sehen. Regierungen, die derart gegen das Volk regieren, haben jede Legitimation verloren.

Nötige Korrektur fataler Irrwege

Die Wechselwirkungen dieser Lebensmittelpolitik sind fatal. Während bei uns hochwertiger Mais zu Gas und Strom vergoren wird, kommt verschimmelte Ware aus Osteuropa in die Mägen unserer Tiere. Über die wachsende Zahl von Menschen, die Krebs entwickeln, muss man sich nicht mehr wundern. Es ist daher überfällig, die Regeln unserer Demokratie zu überarbeiten. Während Spitzenposten in der Industrie mit in der Regel hochqualifizierten Bewerbern besetzt werden, genügt zur Staatenlenkung ein Parteibuch. Ob Elektroniklehre, Taxifahrterfahrung oder Doktorschwindel, jeder darf mit noch so wenig Erfahrung ein Ministerium führen und gegen die Bevölkerung regieren. Hauptsache man sahnt selbst kräftig ab.

Es ist deshalb überfällig, dass zum einen die Fünf-Prozent-Hürde fallen muss, um frisches Blut in die Parlamente zu spülen, zum anderen müssen Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild möglich werden, damit dem Bürger nicht länger eine lange Nase nach der anderen gedreht wird.

www.weltderfertigung.de



3 Wasser ist ein kostbares Gut, das niemals in die Hände privater Unternehmen gelangen darf, da die fehlende Konkurrenz nicht als Regulator für Exzesse zur Verfügung steht. Höhere Preise und sinkende Qualität wären die logische Folge.